



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/104

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59

Fernschreiber 039 890

6. Mai 1953

Der kleine Wahlkongreß der SPD	S. 1
Bankrott der französischen Kolonialpolitik	S. 3
Justizminister Dehler und der Fall Naumann	S. 5
Nicht ohne Zustimmung des Bundestages - - Zu Schäffers Pariser Verhandlungen -	S. 6

Auftakt für Frankfurt

(sp) Mit einer auf zwei Tage zusammengedrängten Tagung in Frankfurt a.M. wird die SPD am 9. und 10. Mai ihren Wahlkampf eröffnen. Am Sonnabend, dem 9. versammeln sich Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission, der 10. bringt die eigentliche große politische Kundgebung. Der Kreis der Teilnehmer berechtigt dazu, von einem "Kleinen Parteitag" zu sprechen, denn fast alle maßgebenden sozialdemokratischen Politiker aus Bund und Ländern, aus den Bezirken und den großen Städten, sowie viele hervorragende Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft werden anwesend sein. Sinn der Veranstaltung ist es, die Ergebnisse des Dortmunder Parteitages vom vergangenen Jahr mit der Annahme eines Aktionsprogrammes der Partei auf die Ebene des Wahlkampfes zu projizieren und nach außen weithin sichtbar zu machen.

Es ist der SPD häufig vorgeworfen worden, sie habe nicht oft und klar genug gesagt, was sie wolle, zumindest nicht in einer hinreichend einprägsamen, verdichteten Form. Die zahlreichen Einzelfeststellungen zu wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Fragen seien in Bundestagsreden oder öffentlichen Kundgebungen, in Rundfunkinterviews und Artikeln verstreut und ohne wirksame propagandistische Zusammenfassung erfolgt, so daß ein unklares Bild entstanden sei. Das Aktionsprogramm sei zu umfangreich, um diesen Einwand zu entkräften.

Wenn hier wirklich eine Lücke bestanden hat, so wird sie durch den Frankfurter Wahlkongreß geschlossen werden. Der Kongreß wird neben den grundlegenden Ausführungen des Vorsitzenden Erich Ollenbauer, seines Stellvertreters Wilhelm Mellies und des Mitgliedes des geschäftsführenden Vorstandes, Willi Eichler, die Substanz sozialdemokratischer Zielsetzung in der denkbar kürzesten und faßlichsten Form aus dem größeren Aktionsprogramm herauskristallisieren - unbeschwert vom Ballast allzuvieler Einzelheiten und Sonderanliegen, die sich aus den Grundforderungen von selbst ergeben. Diese Thesen werden das Kernstück der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit in der Zeit vor den Wahlen sein. Sie werden Auskunft über die geistigen Grundlagen und praktische Ziele der sozialdemokratischen Politik geben und auch gleichzeitig deutlich sagen, wie sich diese Politik von der der Bundesregierung unterscheidet.

Es ist sicher, daß die SPD ihren Kampf aggressiv, in großer Geschlossenheit und in doppelter Stoßrichtung - auf dem Gebiete der Innen- und Wirtschafts-, wie der Außenpolitik - führen wird. Die Parteien der gegenwärtigen Bundesregierung wissen das. Wie sehr, wurde auf dem Hamburger Parteitag der CDU deutlich, der zu einem guten Teil davon lebte, sich mit der SPD (oft ohne sie zu nennen) und ihren Forderungen auseinanderzusetzen bzw. von dem Versuch, ihr, etwa mit sozialpolitischen Parolen, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Natürlich wird das Grundsätzliche nur einen Teil der Kampfmittel ausmachen. Eine große Rolle dürfte auch die kluge Auswertung aktueller politischer Ereignisse und Zusammenhänge spielen, die sich in den kommenden Monaten noch reichlich ergeben werden. Es ist eine alte Erfahrung, daß, bei aller Bedeutung von Prinzipien und übergeordneten Leitgedanken, Wahlkämpfe schließlich vor allem von der besonderen Situation im letzten Stadium der Auseinandersetzung mitentschieden werden. In diesem Falle freilich ist die Sozialdemokratie keineswegs darauf angewiesen, die Politik der Bundesregierung in den rückliegenden Jahren ihrer Tätigkeit hat eine solche Fülle von kritischen Ansatzpunkten geboten, daß es auch aus dieser Rückschau sozusagen eine geballte Ladung an Argumenten gegen sie gibt.

+ + +

Hinter den indochinesischen Kulissen

G.S.-Paris, Anfang Mai

Daß die Lage Frankreichs in Indochina "verzweifelt" ist, wird zwar nicht offiziell, aber doch offiziös sogar von der französischen Regierung zugegeben. Doch verlautet in der Öffentlichkeit fast nichts über die Vorgänge, die sich hinter den Kulissen ereignen. Das ursprünglich von den Sozialisten geprägte und dann von den Kommunisten übernommene Wort vom "schmutzigen Krieg" in Indochina scheint wieder Aktualität zu erhalten: Eine parlamentarische Untersuchungskommission, aus Vertretern aller nichtkommunistischen Parteien gebildet, kehrte von einem Aufenthalt in Indochina zurück und verfaßte einen Bericht, der dem Präsidenten der Republik vorliegt.

In diesem Bericht, der kaum ganz veröffentlicht werden dürfte, wird anhand unzähliger Beispiele festgestellt, daß der "Piastertrafik" der von französischen Bürgern in Hanoi und Saigon betrieben wird, einen beträchtlichen Prozentsatz der Summen erreicht, die für die Finanzierung des Krieges in Indochina ausgegeben werden. Diese Finanzoperationen, die nicht ohne Wissen (oder Billigung) der französischen Behörden in Indochina durchgeführt werden konnten, haben darin bestanden, Ankäufe in Frankreich vorzunehmen und sie in Indochina unter den günstigsten Bedingungen zu "realisieren". Der französische Fiskus wurde um Milliarden betrogen.

Das ist eine Seite des großen "Geschäfts", das einige Hundert Personen in Saigon tätigten. Die andere besteht tatsächlich im Wiederaufleben der längst tot geglaubten "Kanonenfabrikanten". In Paris wird von jenen, die es wissen müssen, berichtet, daß Industrielle, die Rüstungsaufträge für Indochina erhielten, der Regierung Rechnungen präsentierten, die den Finanzbeamten die Augen übergehen ließen ... Ein Artikel, den Servan-Schreiber in "Le Monde" veröffentlichte, hat in Regierungskreisen Panik hervorgerufen, obwohl der Journalist nur Andeutungen machte und sich hütete, in die Einzelheiten zu gehen. Auf jeden Fall scheinen die Gegner der Regierung - insbesondere die Sozialisten - entschlossen, diese Frage vor das Parlament zu bringen und "auszupacken".

Das ist, wenn man so sagen darf, der "finanzielle" Aspekt des

Krieges in Indochina. Der politische Aspekt ist nicht weniger beunruhigend für die französische Regierung. Es hat sich herausgestellt, daß die Regierungen von Laos (Laos droht, den Kommunisten in die Hände zu fallen) und Kambodschas in der Stunde der Gefahr dem kommunistischen Viet-Minh näher standen als der französischen Regierung, obwohl diese seit Jahren unendliche Bemühungen unternommen hat, wenn nicht die Bevölkerung dieser Provinzen, so doch die Regierungen auf ihre Seite zu bringen. Der Ministerpräsident von Laos weigerte sich, dem Ersuchen der französischen Regierung nachzukommen und seine Hauptstadt zu verlassen: Er zieht es vor, dem Viet-Minh in die Hände zu fallen. Der König von Kambodscha hat mit unverblümter Offenheit erklärt, daß es für ihn nur eine Alternative gebe: Vereinigte Staaten oder Viet-Minh... Von Frankreich war in seinen Äußerungen überhaupt nicht die Rede.

Zahlreiche Franzosen scheinen jetzt die Überzeugung erlangt zu haben, daß nur noch diese Alternative besteht. Zwar weigerte sich Frankreich, den Überfall auf Laos vor die UNO zu bringen, eben um zu vermeiden, daß sich "andere Mächte" um Indochina kümmern und so den französischen Einfluß in Indochina ausschalten. Aber andererseits sieht sich Frankreich gezwungen, an die amerikanische (und britische) Hilfe zu appellieren und führt so die "Internationalisierung" des Krieges in Indochina herbei, die es unter allen Umständen vermeiden wollte.

Es ist nicht übertrieben, wenn einige französische Zeitungen jetzt vom Bankrott der französischen "Kolonialpolitik" sprechen: Denn die Weigerung Frankreichs, den assoziierten Staaten in Indochina eine wirkliche Unabhängigkeit zu gewähren, macht sich jetzt schwer bezahlt, sei es auch nur in der Tatsache, daß die indochinesische Bevölkerung heute dem Viet-Minh näher zu stehen scheint als der französischen Regierung.

+ + +

Auf dem Umweg über die Auslandspresse ...

(sp) Der Landesvorsitzende der bayerischen FDP, Justizminister Dr. Dehler, hat vor dem Verein der ausländischen Presse seinen ersten Bericht über die Einzelheiten des Falles Naumann gegeben. Richtig wäre gewesen, diesen Bericht vor dem Deutschen Bundestag oder zumindest vor der deutschen Bundespressekonferenz zu erstatten; denn die Umsturzpläne Naumanns sind eine innerdeutsche Angelegenheit.

Die deutsche Öffentlichkeit hat ein Recht darauf direkt und nicht auf dem Umweg über die Auslandspresse über Hintergründe und Zusammenhänge des Falles Naumann unterrichtet zu werden. Wichtiger jedoch als der Mangel an Gefühl für die richtige Behandlung des Falles bleibt die Tatsache, daß der Justizminister seine ursprüngliche Beurteilung des Falles Naumann revidiert hat und entschlossen scheint, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, die ja nicht nur strafrechtlicher Natur sein können. Dehler hat bestätigt, daß Naumann eine echte Gefahr für die Bundesrepublik war und daß es ihm gelang, in der nordrhein-westfälischen FDP Mitverschwörer und bei anderen Gruppen der politischen Rechten Freunde zu gewinnen. Es wäre allerdings falsch, daraus den Schluß zu ziehen, in der Bundesrepublik hätte sich mit der Naumann-Gruppe bereits eine Organisation gebildet, die bereits auch über die für einen Staatsstreich notwendige Macht verfügte. So weit war es noch nicht. Genau so wenig sollte die FDP mit jener Gruppe ihrer nordrhein-westfälischen Mitglieder gleichgesetzt werden, die zu Naumanns Kreis gehörte. Eine solche Gleichsetzung wäre nur dann gerechtfertigt, wenn sich die FDP jetzt als unfähig erweisen sollte, eindeutige Konsequenzen aus dem von Dehler bekanntgegebenen Tatbestand zu ziehen, wobei die Abberufungen Achenbachs und Diewerges von ihren bisherigen Parteiämtern allerdings nur ein Anfang sein können.

Sehr bedenklich muß angesichts des von Dehler bestätigten Materials die Haltung des Innenministeriums und der ihm unterstellten Ämter stimmen. Ein Beamter des Innenministeriums hatte anlässlich der Aktion gegen das "Freikorps Deutschland" erklärt, das gegen Naumann vorliegende Material wäre für eine Deutsche Aktion noch nicht ausreichend gewesen. Das heißt: Entweder ist das Innenministerium nicht

in der Lage, den Schutz der Republik auch nach Rechts zu garantieren, oder es neigt zu einer gefährlichen Bagatellisierung der von Rechts kommenden Gefahren. Diese Vermutung muß sich der deutschen Öffentlichkeit aufdrängen, wenn zwischen dem Vorgehen in der Aktion Vulkan und der Passivität im Fall Naumann ein Vergleich gezogen wird.

+ + +

Der angebliche Erfolg

Von Fritz Erler, MdB

Die Presse weiß zu melden, daß der Bundesfinanzminister bei den Verhandlungen in Paris eine Ersparnis von einer runden Milliarde M gegenüber dem Finanzvertrag zum Generalvertrag für das erste Jahr nach Inkrafttreten der Verträge erreicht habe. Betrachten wir uns die Zahlen einmal etwas genauer.

Der Bundeshaushalt für das Jahr 1953 enthält nach der Regierungsvorlage folgende Verteidigungslasten:

1. Vom 1.4. - 30.6.1953	3 x 850 Mio	=	2.550 Mio
2. Vom 1.7.53 - 31.3.1954	9 x 716 "	=	<u>6.444 "</u>
			insgesamt 8.994 Mio

Hierzu kommen noch die in Paris unberührt gebliebenen auslaufenden Ausgaben für vergangene Jahre in Höhe von 900 Millionen.

Der eigentliche Ansatz von rund 9 Mrd wird nach der Pariser Regelung tatsächlich nicht überschritten. Die Alliierten haben sich mit dem Bundesfinanzminister dahin geeinigt, daß zunächst an Besatzungskosten monatlich wie bisher 600 Mio L gezahlt werden, die Bundesrepublik aber vom Inkrafttreten der Verträge ab einen Nettoverteidigungsaufwand von monatlich 950 Mio M zu leisten hat. Der Bundesfinanzminister rechnet mit dem Inkrafttreten der Verträge zum 1.11.1953 (?). Dann ergeben sich für das laufende Haushaltsjahr

	7 x 600 Mio	=	4.200 Mio
	und 5 x 950 "	=	<u>4.750 "</u>
			insges. also 8.950 Mio

Damit bleibt der Finanzminister im Rahmen des bisherigen Gesamtaufwandes.

In Wirklichkeit liegt aber selbst für das laufende Finanzjahr

keine Ersparnis vor. Wir müssen vielmehr festhalten, daß nach der ursprünglichen Vorlage des Finanzministers die monatliche Barleistung für Verteidigungszwecke 716 Millionen betragen sollte, jetzt aber auf 950 Millionen festgesetzt worden ist. Von diesem Betrag wird auch in künftigen Jahren als Diskussionsgrundlage ausgegangen werden müssen. Der Blütentraum des Finanzministers, keine Stationierungskosten mehr zu bezahlen und auf einer monatlichen Nettoleistung von 716 Millionen stehenzubleiben, ist ausgeträumt. Statt - wie er hoffte - ab 1.7.1953 Null Mark an die Besatzungsmächte zu entrichten, muß er vom 1.7.-31.10.53 monatlich 600 Millionen, vom 1.11.53-31.3.54 monatlich 400 Millionen an die Besatzungsmächte zahlen. Er hat es also hingenommen müssen, in dem Streit mit der Hohen Kommission um die Besatzungskosten nach dem 30. Juni 1953 unterlegen zu sein, und zwar allein für die dreiviertel Jahre des laufenden Haushalts um 4,4 Milliarden M. Selbst nach dem 1.4.54 werden die Besatzungskosten erst allmählich von 400 auf 300 und dann 200 Millionen monatlich gesenkt.

Wenn also der Bundeshaushalt insgesamt nicht erneut belastet worden ist, dann nur deshalb, weil auch nach der Meinung der Vertragspartner die Verträge auf jeden Fall erst viel später in Kraft treten können als ursprünglich beabsichtigt war. Diese Erleichterung seiner finanziellen Position zusammen mit den Ersparnissen im zuende gegangenen Haushaltsjahr 1952 verdankt der Finanzminister nicht seiner Politik, sondern der Haltung der Opposition, die dafür gesorgt hat, daß die Verträge bisher noch nicht in Kraft getreten sind.

Der letzte Monat, für den jetzt Vereinbarungen vorliegen, gibt die Grundlage für die Festsetzung des Beitrages für den ersten Monat, der neu verhandelt werden muß. Bisher ging der Finanzminister von 716 Millionen aus. Jetzt hat er sich zu 950 Millionen verpflichtet. Selbst wenn man berücksichtigt, daß er die 200 Millionen Besatzungskosten unter der Flagge Stationierungskosten nun hingenommen hat, kommt man immer erst auf 916 Millionen, so daß der effektive deutsche Beitrag an die EWG obendrein noch um 34 Millionen monatlich erhöht worden ist.

Die jetzt zustande gekommenen Vereinbarungen stellen eine klare Änderung des Wortlautes des Finanzvertrages dar, so daß die Bundesregierung nicht umhin kommen dürfte, diesen Text dem Bundestag zur Ratifizierung vorzulegen. Der Vertrag sieht keinerlei Möglichkeiten vor, derart weittragende "Übergangsregelungen" ohne Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zu treffen.

Verantwortlich : Peter Raunau